



„Falls jemand anfängt, die Bäume zu fällen, müssen wir was unternehmen“

Stand: 10:50 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von Nicolas Walter



Gegen das Asylheim, nicht gegen Migranten: Stefan Gelbhaar (Grüne), Jürgen Roth, Miriam Lück

Quelle: Martin U. K. Lengemann/WELT (3)

In Berlin-Pankow soll ein Asylheim in einem Innenhof entstehen. Anwohner wehren sich, sie fürchten um Bäume und Grünflächen. Und sie rügen eine Instrumentalisierung von Migranten durch den Senat, um Wohnraum zu schaffen. Ein Besuch bei Menschen, die sich übergangen fühlen.

Für Berliner Verhältnisse wirkt es an diesem Freitagmittag in Pankow fast idyllisch. Aus der Entfernung sind zwar Autos zu hören, doch die meiste Zeit überwiegt das Gezwitscher der Vögel. Es ist Frühlingsanfang, viele Menschen sind draußen. Im Innenhof eines Wohnkomplexes an der Ossietzkystraße dreht eine ältere Dame mit blonden Haaren auf dem Fahrrad ihre Runden. Doch sie ist nicht hier, um das schöne Wetter zu genießen.

Sie hat einen Auftrag, wie sie selbst sagt. „Eine Freundin hat mir gesagt, ich soll hier für eine Stunde rumfahren. Falls jemand anfängt, die Bäume zu fällen, müssen wir was unternehmen.“

Die ältere Frau lebt seit ihrem sechsten Lebensjahr in Pankow und ist derzeit eine von zahlreichen Anwohnerinnen und Anwohnern, die gegen den Bau eines Asylheims inmitten ihres begrünten Hofes Sturm laufen. Auch ein Spielplatz soll für die Unterkunft weichen. So könnte man die Geschichte erzählen – und so ist sie auch von einzelnen Befürwortern des Bauprojekts zu hören. Vollkommen falsch ist das nicht.

Doch es wäre gleichzeitig eine stark verkürzte Geschichte. Vor allem nämlich ist es eine Geschichte darüber, wie schwierig es für Städte und Kommunen ist, Asylbewerber unterzubringen und dabei einen demokratischen Prozess zu wahren.

Rückblick: 2017 plante die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gesobau, im Innenhof des Areals zwischen Kavalier- und Ossietzkystraße Mietwohnungen zu errichten. Die Anwohner protestierten und erarbeiteten zusammen mit der Bezirksregierung einen Kompromissvorschlag. Im Kern sollten dadurch weniger Wohnungen gebaut und weniger Bäume gefällt werden.

Doch Ende 2022 holte der Berliner Senat die ursprünglichen Pläne wieder aus der Schublade – mit dem Unterschied, dass anstelle von Mietwohnungen in dem Innenhof ein Asylheim für rund 400 Migranten entstehen soll. Ermöglicht wird das durch ein Sonderbaurecht: Über den Bau solcher Heime kann der Senat allein entscheiden und so den Bezirk außen vor lassen.

Vor allem befürchten die Bewohner, dass die Unterkunft nach ihrer zeitlichen Befristung in einen normalen Wohnblock umfunktioniert werde. Die Bäume seien dann schließlich bereits gefällt.

„Reden schließlich nicht von einem gewaltbereiten Mob“

Nun ziehen Anwohner wie die ältere Dame also regelmäßig durch ihren Hof, um nach dem Rechten zu sehen. Zwar dürfen nach einer jüngsten Gerichtsentscheidung vorerst keine Bäume gefällt werden – zunächst müssen Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden. Doch die Anwohner befürchten, dass im Zweifel alles ganz schnell gehen könnte. Und so wird seit einigen Wochen ein Kastanienbaum im Hof – für den sogar Linke-Politiker Gregor Gysi als „Baumpate“ gewonnen werden konnte – zum Treffpunkt der Anwohner.

Es ist ein reges Treiben an diesem Freitag unter dem Gregor-Gysi-Baum. Man unterhält sich, man lacht. Aber man beäugt sich auch gegenseitig. Nicht die Anwohner untereinander, sondern Anwohner einerseits und Sicherheitsmitarbeiter andererseits. Denn die Gesobau-AG hat den Hof weiträumig umzäunen lassen und lässt ihn von einer Sicherheitsfirma überwachen.

Schriftlich teilt Gesobau mit, die Zäune dienten „dem geordneten Ablauf sowie der Vermeidung von Sachbeschädigung und Diebstahl“. In der Vergangenheit habe es Drohschreiben von Unbekannten gegen das Bauvorhaben gegeben.

Ein Auto der Gesobau-AG fährt im Hof vor. Ein Mitarbeiter steigt aus, spricht kurz mit dem Sicherheitspersonal. Mit Journalisten hingegen nicht. „Ich darf leider nichts sagen, mir sind die Hände gebunden worden“, erklärt er.

„Das sagt schon viel aus“, sagt eine Anwohnerin, die das Geschehen beobachtet. Ein persönliches Gespräch mit WELT lehnt die Wohnungsbaugesellschaft ab.

Und wie nimmt das Sicherheitspersonal die Situation wahr? Serkan A., Mitte 20, gelbtes Haar, der eigentlich anders heißt, berichtet, dass die Sicherheitsmitarbeiter vereinzelt Beschimpfungen ausgesetzt seien. „Wir seien eine Schande, haben sie uns schon zugerufen. Dabei machen wir doch nur unseren Job.“

Die Beleidigungen, auch wenn sie nicht oft vorkämen, gingen zu weit. Doch es ist nicht so, als könnten sie den Unmut der Anwohner nicht verstehen. Rodrigo T., der hinzukommt und seinen richtigen Namen ebenfalls nicht veröffentlichen möchte, sagt: „Wenn ich mir vorstelle, dass das bei mir vor der Haustür passieren würde, würde auch ich protestieren.“

Die Anwohner betrachten die Umzäunung samt Sicherheitsmitarbeiter als weiteren Beleg dafür, dass das Bauvorhaben mit aller Macht und jenseits eines demokratischen Konsenses durchgezogen werden solle.

„Das ist doch verrückt“, sagt etwa der Grünen-Bundestagsabgeordnete Stefan Gelbhaar, der in Pankow lebt und nun in Richtung der Umzäunung blickt. Es sei der Besonnenheit der Anwohner zu verdanken, dass die Zäune noch stehen. „In anderen Stadtteilen wäre das wahrscheinlich nicht mehr der Fall.“

Auch Fred Bordfeld von der lokalen Linkspartei sagt: „Die Absperrung zeugt von deutlichem Misstrauen. Wir reden hier schließlich nicht von einem gewaltbereiten Mob.“

Was die Umzäunung plus Sicherheitsmitarbeiter kostet, ist nicht bekannt. Gesobau teilt mit, als öffentlicher Auftraggeber sei man zur „Wahrung der Vertraulichkeit“ verpflichtet. Laut Hochrechnungen der Anwohner beläuft sich die Summe auf mittlerweile rund 500.000 Euro.

„AfD braucht sich nicht an uns heranwanzen“

Doch es ist nicht nur der Zaun, der die Anwohner stört. Vereinzelt beschweren sie sich auch darüber, dass Versuche unternommen worden seien, sie wegen eines aus ihrer Sicht legitimen Protests so darzustellen, als seien sie gegen Migranten. Berlins Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) etwa schrieb in der „Berliner Zeitung“ (<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/es-wird-weitere-unterkuenfte-fuer-gefluechtete-geben-gut-eingebettet-in-bestehende-wohnviertel-li.387846>): Es könne nicht sein, dass man für offene Grenzen und die Aufnahme von Flüchtlingen auf die Straße gehe, um gleichzeitig laut zu schreien und zu protestieren, wenn es einen selbst betreffe. Auf WELT-Anfrage reagiert Kiziltepe nicht.

Miriam Lück, die selbst in der Nähe wohnt und nun mit ihrer Fotokamera auf der Suche nach Vögelnistplätzen ist, um Argumente für die Anwohnerseite im juristischen Streit zu sammeln, sagt: „Geflüchtete Menschen werden hier instrumentalisiert, um den ursprünglichen und nachweisbar viel zu massiven Bebauungsplan mithilfe des Sonderbaurechts für Flüchtlingsunterkünfte durch die Hintertür durchzubekommen. Es gelten so gut wie keine Voraussetzungen, wie es sonst bei einem normalen Bauantrag der Fall ist.“

Es gehe ihnen nicht um die Asylbewerber, sondern um das Bauvorhaben an sich, das betonen die Anwohner immer wieder. Die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hinderte das nicht daran, im vergangenen Jahr ein Video auf YouTube (https://www.youtube.com/watch?v=EPFlj17CzrM&ab_channel=AfDFraktionAbgeordnetenhausBerlin) zu veröffentlichen, in dem die Thematik als Sinnbild für eine verfehlte Asylpolitik dargestellt wurde. „Die AfD braucht sich nicht an uns heranwanzen“, stellt Anwohner Jürgen Roth klar.

Der 60-Jährige erzählt, dass er regelmäßig in die Kommentarspalten von Online-Medien schreibe, wenn dort wieder zu lesen sei, dass sich das „links-grüne Milieu endlich gegen Flüchtlinge“ wehre. „Das geht total an der Sache vorbei“, sagt er.

Vor allem wünschen sich die Anwohner einen demokratischen Prozess und nicht, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden werde, wie sie sagen. Einladungen zu den von den Anwohnern selbstorganisierten Gesprächsrunden hätten Gesobau und der Berliner Bausenator bisher immer abgelehnt.

Den politischen Diskurs habe man „leider verlassen“, erklärt der Grünen-Abgeordnete Gelbhaar. Senat und Gesobau agierten nur noch juristisch. Daran habe man sich angepasst.

Und so jagt ein Gerichtsverfahren das nächste. Mal wird ein vom Bezirk verhängtes Fällverbot für nichtig erklärt, dann wird Naturschutzverbänden Recht zugesprochen. Es ist eine Hängepartie. Der Dialog ist verstummt.

Miriam Lück geht mit ihrer Kamera weiter auf die Suche nach Vogelnestern. Die ältere Dame steigt auf ihr Fahrrad und sagt: „Wir geben nicht auf. Unsere Hoffnung stirbt zuletzt.“

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/250510714>